

Beschluss des Landrats vom 02.11.2023

Nr. 129

9. Lehrpersonenmangel im Kanton Baselland 2023/219; Protokoll: gs

Jan Kirchmayr (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Jan Kirchmayr (SP) dankt für die Beantwortung der Interpellation. Es wird darin klar, dass man nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Lehrpersonenmangel hat. Das ist bisher leider unter dem Radar geblieben. Es geht aber aus der Interpellationsantwort ziemlich deutlich hervor. Es unterrichten viele Lehrpersonen, welche ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben oder noch gar keine Ausbildung hinter sich haben, aber hochprozentig an den Schulen angestellt werden, weil man dort Personal braucht – weswegen sie das Studium oder die Ausbildung hinten anstellen oder pausieren. Das ist ein Problem, das in den kommenden Jahren noch zu schaffen machen wird. Es bedarf einer Strategie. Man befindet sich in einem Teufelskreis: Es gibt viele Lehrpersonen, die in Pension gehen. Betrachtet man die in der Antwort präsentierten Tabellen, zeigt sich 2025 eine grosse Lücke, die man schliessen muss. Es gibt aber wenig Studierende respektive Lehrpersonen, die nachkommen – und jene, die kommen, sind fast alle noch in Ausbildung. Zudem besteht die Situation, dass die Gemeinden in Konkurrenz untereinander stehen. Nicht nur der Lohn ist entscheidend. Es geht auch um die Infrastruktur und das Arbeitsumfeld. Am Schluss sind auch die Kantone entscheidend. Wo bekommt man welchen Lohn? Welches Arbeitsumfeld wird geboten? Muss man alleine unterrichten oder hat man automatisch ein Team-teaching, wenn man in einem Kindergarten arbeitet? In Basel-Stadt ist das der Fall. Das spielt dann für die Lehrpersonen oder angehenden Lehrpersonen eine Rolle, wenn sie sich entscheiden. Bei einem kantonalen Vergleich kommt auch deutlich zum Ausdruck, dass die Primarlehrpersonenlöhne nicht wirklich konkurrenzfähig sind. Bei den anderen Löhnen ist der Kanton Basel-Landschaft aber durchaus im Rahmen.

Zur Interpellation selber: Bei der Frage 6 wäre es spannend gewesen, wenn der Regierungsrat Stellung genommen hätte zu den einzelnen Forderungen, welche in der gross angelegten Umfrage des Lehrervereins (LVB) abgefragt wurden. Es ist schade, dass der Regierungsrat zu diesen Anliegen der Basis nicht Stellung genommen hat. Konkret: Was braucht es denn jetzt? Erstens: Es ist erfreulicherweise von einem Mentorat die Rede, welches die Regierungsrätin auch ankündigt. Schade ist aber, dass dieses Mentorat erst im nächsten Sommer eingeführt werden soll. Die Zusatzfrage an den Regierungsrat lautet darum, warum man dies nicht schon diesen Sommer eingeführt hat. Der Redner weiss von verschiedenen Leuten, welche neue Lehrpersonen mentorieren. Das ist nicht bloss ein Austausch bei einem Kaffee und eine Führung durch das Schulhaus. Es geht darum, dass gewisse neue Lehrpersonen noch nie an einer Schule oder im Schulumfeld gearbeitet haben – man muss sie wirklich einarbeiten. Das machen diese Leute im Moment mit Herzblut und unentgeltlich. Das wird aber künftig nicht mehr funktionieren. Es nimmt bereits jetzt ab. Zweitens: Man muss die Löhne der Primarlehrpersonen dringend anschauen. Sie sind im Vergleich mit anderen Kantonen nicht konkurrenzfähig – zudem gibt es den Wettbewerb zwischen den Gemeinden, wobei die Infrastruktur mitentscheidend ist, wenn die Leute sich entscheiden, wo sie arbeiten wollen. Drittens geht es um die Sitzungsdichte. Wenn man die Anzahl Sitzungen halbieren würde, wäre ein grosser Teil der Lehrpersonen bereit, ein bis zwei Lektionen mehr pro Woche zu unterrichten. Das heisst: weniger Bürokratie, weniger Arbeitsaufwand für Sitzungen, die man teilweise mitmachen muss, obwohl sich alles im Kreis dreht. Hätten die Lehrkräfte mehr Zeit für

das Kerngeschäft, würde dies einen Beitrag gegen den Lehrpersonenmangel leisten. Dazu braucht es aber eine klare Vorgabe des Kantons – und die Schulleitungen, die hin stehen und sagen, sie wollten den Fokus aufs Kerngeschäft (und weniger auf das Zusammensitzen) legen. Was man angehen muss: Es braucht genug Lehrpersonen in den Schulzimmern. Der Redner wäre froh, wenn die Regierungsrätin etwas zum Thema Mentorat sagen könnte.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, man habe in der Tat ein Problem. Das wurde in der Interpellation angesprochen. Zur Frage betreffend Einführung des Mentorats: Die Rednerin hätte dies am liebsten per sofort gemacht. Man muss aber die Prozesse des AFP einhalten. Selbstverständlich muss man auch den Schulleitungen genug Zeit geben, damit sie solche Dinge planen können. Sie müssen jeweils im Januar wissen, was sie auf das nächste Schuljahr hin erwartet. Da ist man etwas in der Klemme, weil man in der Planung immer recht weit vorausdenken muss, bis man etwas umsetzen kann. Die Rednerin ist überzeugt, dass das Mentorat ein wichtiges Instrument ist und die Schulleitungen mit den Möglichkeiten wirklich gut umgehen können. Es ist zu hoffen, dass es damit einen guten Berufseinstieg für neue, junge Lehrerinnen und Lehrer geben wird.

Zu den Löhnen der Primarlehrkräfte: Es ist bekannt, dass man dort im gesamtschweizerischen Vergleich Nachholbedarf hat. Es ist aber keine Überraschung, wenn die Rednerin darauf hinweist, dass ganz direkt die Gemeinden von einer Anpassung der Löhne betroffen wären. Der Widerstand wäre gross, wenn man dies beschliessen würde. Es braucht also noch viel, um die Gemeinden zu sensibilisieren. Man kann nicht versprechen, wann das Thema angepackt werden kann. Ein Wort noch zur Stellungnahme: Der Lehrerverein hat eine Umfrage bei der Basis gemacht, welche die Rednerin genau angeschaut hat. Es sind nicht Forderungen, die man gut oder schlecht finden sowie umsetzen oder nicht umsetzen kann. Es sind Themen, die man in den entsprechenden Gremien diskutieren muss – zum Beispiel die Sitzungsdichte und die Anzahl der schulinternen Gremien. Für die Schulleitungen ist das ein wichtiges Thema. Sie sollen sich einbringen können. Das Thema wurde der Plattform Bildung zugewiesen. Es geht aber auch um Grad und Umfang der Teilautonomie: Diese Fragen lassen sich nicht einfach in kurzer Zeit klären. Auch dieses Thema wird in das erwähnte Gremium eingebracht. Alle Forderungen des LVB wurden einem Gremium zugewiesen. Die Basis wird also ernst genommen. Es kann nicht versprochen werden, dass es Lösungen gibt. Man will die Fragen aber aufnehmen. Sieht man Lösungen, bemüht man sich, sie umzusetzen.

Andrea Heger (EVP) bedauert, dass sie nach der Regierungsrätin spricht. Einen Punkt hat Jan Kirchmayr nicht angesprochen. Es scheint eine hohe Anzahl an Lehrkräften zu geben, die nach fünf Jahren geht – das sind 15 %, die man verliert. Es ist schade, wenn man in eine Ausbildung investiert und die Leute doch relativ bald gehen. Es gab den Verweis, dass man gewisse Dinge aus Datenschutzgründen nicht nennen kann. Der Regierungsrat ist aber gebeten, genau hinzuschauen. Kann es sein, dass diese Leute alle in andere Kantone abwandern? Wenn es Möglichkeiten gibt, dies im Kanton zu beeinflussen, sollte man die nötigen Massnahmen ergreifen.

://: Die Interpellation ist erledigt.
